



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

♀: Die letzte Woche in Preußen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

sie besiegt hatte, so wünschen auch wir lieber nicht eher etwas von den Russen zu erfahren, als bis wir genöthigt sind sie zu bekämpfen.“

Die letzte Woche in Preußen.

Zwei hochwichtige Ereignisse nehmen zu gleicher Zeit die leidenschaftliche Theilnahme der Preußen in Anspruch: die Eröffnung der Kammern und die Verwickelung in Kurhessen. Jedermann wird fühlbar, wie sehr die innern Verhältnisse des Staates durch die äußern beeinflusst werden, sowohl die Taktik der Parteien, und ihre Stellung zum Ministerium, als die Stimmungen, welche zwischen Volk und Krone auf und nieder schweben.

Der glänzende Sieg der Fortschrittspartei bei den Wahlen hat auch außerhalb Deutschlands eine mächtige Wirkung ausgeübt und die Achtung vor Preußen in wenig Tagen höher gesteigert, als es den diplomatischen Notizen seit mehren Jahren gelungen war. So bedeutsam wirkt jede Entwicklung von Volkskraft in einem Verfassungsstaate, so lebendig sind die Sympathien, welche jeder Aeußerung von Energie in Preußen zuströmen.

Wer in Deutschland irgendwie liberale Sympathien hatte, mußte zunächst wünschen, daß alle liberalen Fractionen in Preußen durch engen Anschluß an einander die gegenwärtige Aeußerung der Volksstimmung unwiderstehlich machten. Wenn aber dies, wie sich leider gezeigt hat, nicht möglich war, so mußte er wieder für das Zweckmäßigste halten, daß eine der beiden liberalen Fractionen, Altliberale oder Fortschrittsmänner, ein so entschiedenes Uebergewicht erhalte, daß die Majorität der zweiten Kammer ihr gesichert, und ihre Herrschaft bei den Abstimmungen eine unbedingte sei. Denn dieselbe Partei ist in durchaus anderer Lage, wenn die ganze volle Verantwortlichkeit eines Beschlusses auf ihr allein ruht, als wenn sie sich nur wie ein Gewicht in balancirender Wagschaale betrachtet. Da nun aber ein Sieg der altliberalen Partei unter den gegenwärtigen Umständen unmöglich war, so war es sehr wünschenswerth, daß die Fortschrittspartei allein mehr als die Hälfte der Kammermitglieder zähle. Gerade dieser jungen, heißblutigen, leicht aufgeregten Partei, welche das seltene Schicksal erlebt hat, im dritten Jahre nach ihrem Entstehen die Volksstimmung fast souverain zu beherrschen, war die moralische Zucht nothwendig,

welche ihr durch Verantwortlichkeit und Gefahren einer entschiedenen Kammermajorität entstehen.

Nicht ganz ist diese Perspective erfüllt worden. Die beiden Fractionen der Fortschrittspartei umschließen fast, aber nicht ganz die Mehrzahl des Hauses, sie erhalten dieselbe sicher erst durch Zutritt der Fraction Bockum-Dolffs. Indes da sich voraussetzen läßt, daß diese Fraction, welche diesmal das kleine entscheidende Gewicht der Kammer geworden ist, wenigstens in einigen Hauptfragen sich der Linken anschließen wird, so wird der Umstand wahrscheinlich nicht verhängnißvoll werden, daß die Fortschrittspartei immer noch um einige Stimmen zu schwach ist.

Nun ist allerdings anzunehmen, daß der große Körper der Fortschrittspartei nicht auf die Länge als festgeschlossene Einheit bestehen wird. Wie gut auch der Wille der Gewählten und die Parteidisciplin ist, die Partei vereinigt sehr verschiedenartige, in innerlichem Gegensatz stehende Elemente; und was man schon in der letzten Sitzung vorausagen durfte, wird voraussichtlich in dieser oder der nächsten eintreten: eine äußerste Linke wird sich etwa unter Waldeck in einer kleinen Zahl von Häuptern ablösen, und die große Mehrzahl der Partei wird durch den auftauchenden Gegensatz den gemäßigteren liberalen Fractionen ein wenig näher gerückt werden. Das aber wird ein dauernder Gewinn für das Verfassungsleben Preußens werden, weil es die Bildung einer großen einheitlichen Partei vollenden hilft.

Denn immer muß wiederholt werden, daß diese Vereinigung eine unabwendbare Nothwendigkeit ist, daß die gegenwärtige Trennung nicht mehr hohe politische Berechtigung hat, und daß keine der jetzt bestehenden Fractionen, weder Altliberale, noch die Mittelfraction, noch die Fortschrittsmänner in ihrer jetzigen Zusammenstellung die Bürgschaft langer Dauer in sich trägt.

Es war ein glänzender Sieg, den das Volk durch seine Wahlen über die Regierung davongetragen hat. Wie sehr er dem Ministerium imponirt hat, beweist die Thronrede, welche jede Art von Concessionen macht, um einen Conflict mit der neuen unbequemen und für die Regierung unberechenbaren Versammlung zu vermeiden. Aber auch die Volkspartei muß empfinden, daß ihr Sieg doch kein unbedingter ist. Die Concessionen sind abgerungen, dahinter steht ein letzter, durchaus noch nicht gebrochener Wille, welcher über einen gewissen Punkt sich schwerlich wird hinaustreiben lassen, ohne neue starke Conflictte. Es ist anzunehmen, daß die Führer der Fortschrittspartei, die vielleicht von der Größe ihres Erfolges selbst überrascht waren, sich zunächst ernsthaft bemühen werden, einen solchen Conflict zu vermeiden. Sie können kaum noch gewinnen, wohl aber viel verlieren. Brennt aber ein unvermeidlicher Zwist mit der Regierung auf, so werden sie sorglich darauf sehen, daß er in einer Frage entsche, wo sie des Volkes, welches hinter ihnen steht, ganz sicher sind.

Unterdeß haben zunächst wir, die wir außerhalb Preußens schreiben, die größte Veranlassung, auf die Erfolge aufmerksam zu machen, die auch dieser letzte innere Kampf in Preußen für den Staat gehabt hat. Ueber dem Parteihader hat sich in dem heilsamen Zwange des parlamentarischen Lebens überall Patriotismus und eine fast begeisterte Empfindung für die Ehre und Größe des Staates kund gegeben. Auch das Ministerium, am Tage der Wahlen das unpopulärste, welches je in einem Verfassungsstaate gebildet wurde, hat Gelegenheit gehabt zu beweisen, daß ihm sich etwas von dem Aufschwunge mitgeteilt hat, der in das Volk gekommen ist. Noch vor wenig Tagen mußte man voraussetzen, daß eine der ersten Folgen des Wahlsieges nach Eröffnung der Kammern ein Protest gegen die Existenz des Ministeriums in irgend welcher Form sein würde. Heut haben ernsthafte Verwickelungen nach außen die Stellung der Regierung wesentlich gebessert. Minister und Volksvertreter sind jetzt als Patrioten und Preußen engagirt, beide haben zunächst die Aufgabe, Ehre und Würde Preußens gegen eine fremde Regierung zu vertreten.

Leider ist es eine deutsche Regierung, leider ist es die eines kleinen Staates. Aber die schmachvolle Beleidigung, welche dem General Willisen in Kassel zugesügt wurde, brennt jetzt in den Herzen, sie verlangt eine Jedermann verständliche und gründliche Genugthuung. Es gibt nur eine, die Entfernung der gegenwärtigen Regierung von Kurhessen, die Befreiung des Landes von einem geflohenen, tyrannischen Regiment, von einer despotischen Willkürherrschaft, welche der Haß gegen Preußen bis zur völligen Blindheit gebracht hat. Auch hier soll sichtbar werden, daß das Schicksal blendet, bevor es vernichtet.

Während diese Zeilen geschrieben werden, ist das 48stündige Ultimatum abgelaufen, welches Preußen an die kurhessische Regierung gestellt hat. Nach allen Symptomen zu schließen hat der Kurfürst sich nicht zu der Entlassung seines Ministeriums verstanden, er wird voraussichtlich damit zögern, selbst wenn er dem stillen Rathe Oesterreichs folgt, nachzugeben, bis die preußischen Truppen in der That sein Land betreten; weicht er dann der Gewalt, so hat er doch die Freude, sein Selbstgefühl bis zum letzten Augenblick zu bewahren und nur dem äußersten Zwange zu weichen.

Aber die jetzt erhobene Forderung Preußens, daß der Kurfürst das Ministerium, welches einen preußischen Abgesandten beleidigt hat, entlasse, gibt allein doch noch keine Aussicht, den hessischen Streit auf eine ehrenvolle und den Bedürfnissen des hessischen Volkes entsprechende Weise zu erledigen. Was hindert den Kurfürsten, an der Stelle der gegenwärtigen Minister andere nicht weniger preußenfeindliche zu ernennen? Wer sie auch sein möchten und wenn sie Hassenpflug hießen, der jetzigen Forderung würde dadurch genügt und der Vorwand zum kräftigen Eingreifen in die Verhältnisse des zerrütteten Staates der preußischen Regierung genommen werden.

Und noch ein Anderes droht Werth und Bedeutung des Ernstes, den Preußen jetzt gezeigt hat, zu verringern. Die active Theilnahme Oestreichs am Einmarsch in Kurhessen. Schon melden die Zeitungen, daß das Cabinet zu Wien diese Theilnahme gefordert habe.

Die Ehre Preußens gebietet, diese Forderung entschieden zurückzuweisen. Schon einmal während der Regierung des jetzigen Königs war, wenn wir recht unterrichtet sind, bei ganz anderer Veranlassung eine solche Bewegung östreichischer Truppen nach Norddeutschland beansprucht, und damals von Preußen mit sehr bestimmter Drohung zurückgewiesen worden. Soll jetzt geschehen dürfen was damals unerhört schien? Allerdings ist der König von Preußen nicht Bundesfeldherr geworden, nicht nördlich von der Mainlinie, was das Berliner Cabinet damals beanspruchte, nicht irgendwo. Aber Preußen allein hat das Recht und die Pflicht, wenigstens in diesem Theile von Deutschland Ordnung zu halten, ein Recht, welches höher steht und besser fundirt ist, als alles Recht des Bundes, denn Preußen allein hat die Fähigkeit und Macht, bei einem deutschen Kriege mit dem Westen die kleinen Staaten im Norden des Mains gegen äußere Feinde zu erhalten und zu schützen.

Zu den bittersten Erinnerungen aber aus einer wenig ehrenvollen Vergangenheit gehören dem preussischen Volke und Heere die Tage, in welchen Truppen aus Süddeutschland unter die deutschen Stämme des Nordens gesandt wurden, dort Polizeidienste zu verrichten. Das preussische Volk hat die größte Hochachtung vor der Tapferkeit des östreichischen Militärs, es ist durchaus nicht gesonnen, die Machtsphäre Oestreichs zu beeinträchtigen, aber es wird jede östreichische Heeresabtheilung, welche unter den gegenwärtigen Verhältnissen sich im Norden des Mains aufstellen sollte, für eine Beeinträchtigung preussischer Interessen, für eine tiefe Demüthigung und Beleidigung halten.

Was die Preußen jetzt von ihrer Regierung fordern, ist demnach erstens, daß die Genugthuung für den Schimpf, der Preußen angethan worden, eine vollwichtige und glänzende sei; ferner, daß gegenwärtig die Veranlassung benützt werde, das alte Leiden Kurhessens gründlich und vollständig zu heilen; drittens aber, daß, wenn dies durch preussische Truppen geschieht, nur preussische Truppen, ohne Einmischung irgend eines andern deutschen Staats, die Execution ausführen. Noch schmerzt die Wunde von Bronzell; das erst würde eine Genugthuung sein.

Kann das gegenwärtige Ministerium Preußens diese drei Punkte geschickt und energisch durchsetzen, dann wird es in den Seelen der Preußen sich hohe Achtung, ja herzliche Zuneigung gewinnen. Denn die Preußen sind vor Allem Preußen und Deutsche, es ist ihnen natürlich, politisch liberal zu urtheilen, aber es ist ihr heißes Bedürfniß stolz zu sein. Wir sind, indem wir schreiben, nicht ohne Hoffnung, daß die Minister dem Volk beweisen werden, daß auch sie Preußen sind.

♀